

Europas Sicherheit braucht die Neutronenwaffe

„Die CDU/CSU hat sich von Anfang an und rechtzeitig für die Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe in Europa eingesetzt, weil sie der Auffassung war und ist, daß es im Interesse der Sicherheit Europas liegt, das NATO-Bündnis schlagkräftig zu halten“, stellte Helmut Kohl nachdrücklich fest. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Jimmy Carter, hat seine Entscheidung über den Bau der Neutronenwaffe zurückgestellt; zu lange haben die europäischen NATO-Staaten und insbesondere die Bundesregierung mit ihren Stellungnahmen zur Neutronenwaffe gezögert. Die Diskussion über diese Waffe ist somit noch nicht beendet. Es soll im folgenden dargelegt werden, was die Neutronenwaffe ist, wie in der Bundesrepublik Deutschland die Diskussion über die Neutronenwaffe verlief, und welche Rolle die SPD/FDP-Koalition in dieser wichtigen Frage unserer Sicherheit spielte.

Was ist eigentlich die Neutronenwaffe?

Der folgende Abschnitt stützt sich auf Material des Verteidigungsministeriums, veröffentlicht am 14. Oktober 1977: Die heute vorhandenen Nuklearwaffen sind in ihrer Wirkung fürchterlich. Hitzewelle und Druckwelle von elementarer Gewalt, Primärstrahlung und der folgende radioaktive Niederschlag machen die verheerende Vernichtungs- und Zerstörungskraft der Atom- und Wasserstoffbomben in Ost und West aus. Die Wirkungen dieser Waffen reichen über das unmittelbare militärische Ziel hinaus: sie können räumlich kaum begrenzt werden. Die dadurch entstehenden Schäden heißen in der Fachsprache „Kollateralschäden“; sie treffen vor allem die Zivilbevölkerung und ihren Lebensraum.

Der Umfang der Kollateralschäden hängt von der Größe, d. h. dem Detonationswert der nuklearen Gefechtsköpfe ab. Die Sowjetunion hat vor allem Nuklearwaf-

fen mit hohen Detonationswerten und somit großer Zerstörungskraft produziert. Der Einsatz ihrer Wasserstoffbomben mit einem Detonationswert von mehreren Megatonnen (1 Megatonne [Mt] = 1 000 Kilotonnen [kt]. Die Hiroshima-Bombe besaß einen Detonationswert von 20 kt) über dem Ruhrgebiet würde einen der bevölkerungsdichtesten Ballungsräume Europas in eine tote und auf lange Zeit strahlenverseuchte Mondlandschaft verwandeln.

Nüchterne Fakten:

Kollateralschäden können bei Einsatz kleinerer Detonationswerte ganz erheblich vermindert werden. Mit der Neutronenwaffe wird dieses Ziel erreicht. Sie ist deswegen jedoch keine „sauberere“ oder gar „humanere“ Waffe. Konstruktion und Einsatzmöglichkeit bewirken aber:

1. Bei gleichem Detonationswert setzt die Neutronenwaffe 10mal mehr Strahlung frei als die herkömmlichen Nuklearwaffen. Die Hitzestrahlung ist um 50 % geringer. Die Druckwirkung ist gleich.
2. Bei den geplanten Neutronenwaffen ist ein „kleiner“ Detonationswert vorgesehen; die Druckwirkung wird somit drastisch vermindert. Die große Strahlungskraft erlaubt zudem, die Neutronenwaffe so einzusetzen, etwa in größerer Höhe über dem Erdboden, daß auch dadurch die Druck- und Hitzewirkung herabgesetzt wird.
3. Die gefürchtete Verseuchung durch radioaktiven Niederschlag auch in größerer Entfernung vom Detonationsort (das ist der auf die Erde zurückfallende Staub, der bei der Explosion verstrahlt und hochgewirbelt wurde) wird weitgehend ausgeschaltet.
4. Die Strahlung der Neutronenwaffe wirkt zwar sehr viel stärker, aber auch sehr viel kurzfristiger. Außerdem wird durch den kleinen Detonationswert dieser Waffe das verstrahlte Gebiet wesentlich kleiner.

Die Neutronenwaffe tötet den Angreifer

Die Strahlung trifft und tötet die ungeschützten Menschen — also die im Felde operierenden Soldaten — also die Angreifer. Die Panzerung von Kampf- und Schützenpanzern bietet keinen ausreichenden Schutz. Somit können angreifende Panzermassen durch die Neutronenwaffe zum Stehen gebracht werden. Weil die Neutronenwaffe gegenüber den herkömmlichen Nuklearwaffen eine rund zehnfach stärkere Strahlung aufweist, kann mit einer Neutronenwaffe von 1 kt dieselbe Wirkung gegen Panzerziele erreicht werden wie mit einer Waffe herkömmlichen Typs von 10 kt. Die Möglichkeit, die Kollateralschäden bedeutend zu verringern, wird an diesem Beispiel deutlich.

Schutz der Zivilbevölkerung

Erdwälle, Steinwände, Bunker können für den Menschen einen ausreichenden Schutz gegen die Wirkung der Neutronenstrahlung bieten. Die Überlebenschance der Zivilbevölkerung bei dieser Waffe ist daher sehr viel höher als bei anderen nuklearen Waffen. Die geringere Zerstörungswirkung der Waffe würde das Hab und Gut der Menschen sowie ihren Lebensraum weit weniger vernichten als die bisherigen Kernwaffen.

Die Neutronenwaffe erlaubt den konzentrierten Verteidigungsschlag gegen die militärischen Einrichtungen des Angreifers ohne die verheerenden Schäden für die Zivilbevölkerung.

Moralische Bedenken

Der Vorwurf lautet, die Neutronenwaffe sei moralisch anfechtbar, weil unmenschlich.

Alle Waffen sind unmenschlich. Solange sich die Menschheit jedoch als unfähig erweist, alle Waffen abzuschaffen, muß der Frieden durch Bewahrung des Kräftegleichgewichts gesichert werden. Eine auf dieses Ziel gerichtete Verteidigungspolitik ist zutiefst moralisch.

Die vorgeblich moralischen Bedenken des Bundesgeschäftsführers der SPD, Egon Bahr, gipfeln darin, die Neutronenwaffe sei ein „Symbol der Perversion des Denkens“. Bahr verdreht bewußt die Argumente für die Neutronenwaffe.

Denn der Wert der Waffe liegt nicht darin, daß sie Menschen tötet, Gegenstände aber schont, sondern darin, daß sie punktuell gegen Angreifer eingesetzt werden kann, ohne dabei zwangsläufig auch die Zivilbevölkerung zu vernichten und ihren Lebensraum total zu verwüsten.

Sowjetische Panzer und Raketen bedrohen Europa

Panzer:

In Mitteleuropa verfügt

- die NATO über 6 100 Panzer (ohne Reserven im Hinterland)
- der Warschauer Pakt über 19 000 Panzer, dazu kommen 8 000 Panzer in den drei westlichen Militärbezirken der UdSSR.

Während die Panzerzahl in der NATO weitgehend konstant blieb, erhöhte die Sowjetunion die Gesamtzahl der Kampfpanzer in Mitteleuropa von 1970: 13 650 auf 1975: 19 000. Während die USA in der Zeit von 1972 bis 1976 an Kampfpanzern 469 und anderen gepanzerten Fahrzeugen 1 556 produzierten, waren es bei der Sowjetunion 2 770 und 4 990 — also sechsmal und gut dreimal sovjet.

Raketen:

600 sowjetische Mittelstreckenraketen mit einem Detonationswert von je 1 Mt (= 50mal Hiroshima-Bombe) sind auf Ziele in der Bundesrepublik Deutschland und dem übrigen Westeuropa gerichtet. Seit 1977 werden diese Systeme durch die mobile SS-20 mit größerer Reichweite und Mehrfachgefechtssköpfen ausgetauscht. Diesem bedrohlichen Potential hat die NATO bis heute nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Die Strategie der Sowjets: Angriffskrieg

Im Mittelpunkt der sowjetischen Militärstrategie steht der Angriff. Dazu der Marschall der Sowjetunion, W. D. Sokolowski, in seinem Buch „Militär-Strategie“, dem Standardwerk über Kriegsführung in der UdSSR: **„Der Angriff muß vorwiegend mit Panzern, Schützenpanzern und Hubschraubern durchgeführt werden . . . Wenn es nicht möglich ist, die feindlichen Widerstandsnester zu umgehen, müssen gegen sie Kernwaffenschläge geführt werden . . . Der hohe Kampfwert unserer Streitkräfte . . . insbesondere der Raketenwaffen und der Panzer . . . ist eine zuverlässige Grundlage für die erfolgreiche Durchführung von Angriffsoperationen mit weitgesteckten Zielen in einem zukünftigen Krieg.“** (Seite 395 f.)

Die Sowjetunion hat ihre in Mitteleuropa stehenden Divisionen (in der DDR, Polen und der CSSR) auf Kriegsstärke gebracht. Seit einiger Zeit üben im westlichen Rußland sogenannte „Sturmregimenter“ den blitzschnellen Angriff mit Hilfe konzentrierter starker Panzerkräfte.

Der Warschauer Pakt ist heute nahezu zum Angriff aus dem Stand ohne große Vorbereitung fähig. Am 15. September 1977 äußerte der amerikanische Verteidigungsminister Brown:

„Jedenfalls hält der Sowjetblock seine Kapazität für einen Großangriff auf Westeuropa bei und ist weiterhin bestrebt, sie zu verbessern. Wir können die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die mächtigen Streitkräfte des Paktes, die in Osteuropa aufgestellt sind, ohne Verstärkung und nahezu ohne taktische Warnung mitten in einer Ost-West-Krise angreifen.“

Die Verteidigung Europas braucht die Neutronenwaffe

Das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West ist die Voraussetzung für die Sicherung des Friedens in der Welt. Nur die Abschreckungsfähigkeit der NATO hindert den Warschauer Pakt, den Westen in Europa anzugreifen.

Das Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West ist aber in Europa empfindlich gestört. Der Warschauer Pakt ist auf dem Gebiet der taktisch-nuklearen Waffen (Mittelstreckenraketen) und der konventionellen Waffen (vor allem Panzer) der NATO inzwischen eindeutig überlegen. Da auf dem Felde der strategisch-nuklearen Waffen (Interkontinentalraketen) die UdSSR einen ungefähren Gleichstand mit den USA erzielt hat, gewinnt die östliche Überlegenheit in den anderen Bereichen dramatische Bedeutung für die Sicherheit des freien Europas. Die Abschreckungsfähigkeit der NATO ist ernsthaft gefährdet. Den NATO-Staaten fehlen jedoch das Geld und der Wille, durch eigene Aufrüstung das Gleichgewicht und die eigene Abschreckungsfähigkeit wiederherzustellen. Die Sowjetunion ihrerseits lehnt die Verminderung gerade ihrer Panzerwaffe kategorisch ab. Bleibt folglich nur die Produktion der Neutronenwaffe und ihre Stationierung in Europa, um das freie Europa vor den sowjetischen Panzermassen im Falle eines Angriffs schützen zu können.

Die Neutronenwaffe ist eine Abschreckungswaffe. Sie ist für die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts in Europa notwendig. Abschreckung und Gleichgewicht haben in Europa seit über 30 Jahren den Frieden gesichert.

CDU/CSU: Ja zur Neutronenwaffe

In Abwägung aller Argumente hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion frühzeitig, am 21. Februar 1978, für die Neutronenwaffe ausgesprochen.

Die Argumente der CDU/CSU sind:

1. Unsere moralische und politische Pflicht ist es, den Frieden zu sichern. Dazu gehört die Verhinderung des Krieges durch glaubhafte Abschreckung. Die Neutronenwaffe verstärkt die Abschreckung gegenüber der ständig wachsenden Angriffsfähigkeit der sowjetischen Kriegsmacht in Europa, insbesondere ihrer Panzerverbände.
2. Im Konfliktfall, den die Abschreckung verhindern soll, vermindert die Neutronenwaffe — im Vergleich zu den bisherigen Atomwaffen — die Gefährdung der Zivilbevölkerung. Denn gerade die Schäden zu Lasten der Zivilbevölkerung wären bei einem Einsatz dieser Waffe gegen militärische Ziele geringer als bei den gegenwärtig vorhandenen taktischen Kernwaffen.
3. Die Neutronenwaffe erhöht keineswegs das Risiko eines Atomkrieges. Der amerikanische Präsident hat nach dem in der Allianz einvernehmlich geregelten Verfahren die Entscheidung über ihren Einsatz, wie bei allen anderen amerikanischen Kernwaffen, zu treffen.
4. Die Chance, die Sowjetunion zur Abrüstung zu bewegen, wächst nicht durch einseitige westliche Verzichte und Vorleistungen.

Zur Bundestagsdebatte über die Neutronenwaffe am 13. April 1978 legte die CDU/CSU-Fraktion folgenden Entschließungsantrag zur Abstimmung vor:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechend ihrer eigenen Entscheidung im Bundessicherheitsrat, ihre Bereitschaft zur Stationierung der Neutronenwaffe auf dem Gebiet europäischer NATO-Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu bekräftigen.“

Helmut Kohl appellierte am 13. April 1978 in seiner Rede an den Bundeskanzler und die SPD/FDP-Koalition:

„Es gibt doch Situationen, wo Sie den Mut haben sollten, auch über die Grenzen Mehrheiten zu finden — und Sie können sie doch finden, wenn Sie unsere Entschließung betrachten.“

SPD/FDP haben unserem Land Schaden zugefügt

Die SPD/FDP-Koalition hat den Entschließungsantrag der CDU/CSU zur Neutronenwaffe abgelehnt. Sie hat ihrerseits einer Entschließung zugestimmt, die eine deutliche Aussage zur Neutronenwaffe vermeidet. Mit dieser unklaren und zögerlichen Haltung haben die SPD/FDP-Koalition und die Bundesregierung unter Bundeskanzler Schmidt Mitschuld an der Entscheidung Carters gegen den Bau der Neutronenwaffe zum jetzigen Zeitpunkt. Denn: Die Neutronenwaffe ist ein Abschreckungs- und Verteidigungsinstrument zuallererst für die europäischen NATO-Staaten. Deshalb forderte Carter von ihnen eine klare und positive Entscheidung zu ihrer Stationierung in Europa, bevor er den Bau der Waffe freigeben wollte.

Diese klare und positive Entscheidung konnte Schmidt, Regierungschef des wichtigsten Verbündeten der USA in der NATO, nicht geben — aus Angst vor den Linken in der SPD, aus Angst vor dem Verlust der Macht.

Helmut Kohl in der Bundestagsdebatte an die Adresse Schmidts:

„Es wäre für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland gut gewesen, wenn Sie in diesen Monaten klar und deutlich und mutig und mannhaft Ihre und die Haltung Ihrer Regierung deutlich gemacht hätten.“

Schmidts Angst vor den Linken

Schmidt und die Bundesregierung waren für die Neutronenwaffe. Der Bundeskanzler machte dies bereits im Juli und Oktober 1977 in Reden und Interviews deutlich.

Vor allem aber: Der Bundessicherheitsrat, das Koordinierungsgremium der Bundesregierung in Verteidigungsfragen, hat sich in seinen Sitzungen am 20. Januar und 14. März 1978 unter der Leitung von Bundeskanzler Schmidt für die Stationierung der Neutronenwaffe auf deutschem Boden ausgesprochen.

Schmidt hat es nicht gewagt, dieses Ja auch in der Öffentlichkeit und in seiner Partei, deren stellvertretender Vorsitzender er ist, laut auszusprechen. Er schwieg, lavierte und taktierte, wo die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die Sicherheitsinteressen unseres Landes und des Westens ein klares Wort verlangt hätten. Schmidt wich vor der breiten Antineutronenwaffen-Kampagne in der SPD zurück.

Bahr, Brandt, Breschnew

Das Stichwort zur Kampagne der SPD-Linken gegen die Neutronenwaffe gab der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, am 21. Juli 1977:

„Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens.“

Die Kampagne wurde von den Jusos und dem linken Flügel der SPD aufgenommen und führte zum Beschluß des SPD-Parteitages gegen die Waffe am 17. November 1977.

Dazu wiederum Bahr:

„Ich glaube, es ist völlig klar, daß dieser Parteitag in seiner ganzen Diskussion die Einführung der Neutronenwaffe in der Bundesrepublik Deutschland verhindern will.“

An der breiten Kampagne beteiligten sich auch Brandt, die Sozialistische Internationale und die Frauenorganisation der SPD.

Am 3. März 1978 wandte sich Bahr noch einmal gegen die Neutronenwaffe. Sein ungeheuerlichster Satz fiel am 22. Februar 1978:

„Die CDU/CSU hat eine politische Gier nach Atomwaffen.“

Zu allem schwieg Bundeskanzler Schmidt

Er schwieg auch zu der internationalen Volksfront gegen die Neutronenwaffe, die sich aus linker SPD, DKP sowie der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gebildet hatte. Monatelang haben die kommunistischen Staaten Europas gegen die Neutronenwaffe agitiert. Die UdSSR wollte den Bau einer für ihre Angriffsstrategie gefährlichen Waffe verhindern; sie wollte von der Menschenrechtsdiskussion anlässlich der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad ablenken. Sie tat dies, während sie gleichzeitig ihre Streitkräfte weiter aufrüstete.

Helmut Kohl in seiner Bundestagsrede:

„Sie wissen doch so gut wie ich, daß das Tun der Herren Brandt, Bahr und anderer der Bundesrepublik Deutschland, dem Bündnis und dem deutsch-amerikanischen Freundschaftspakt überhaupt nichts nützt. Es hat in Wahrheit nur der Sowjetunion und ihren Verbündeten genützt.“

Abrüstung und Neutronenwaffe

Die SPD/FDP-Koalition wich in ihrem Entschließungsantrag, den sie dem Bundestag vorlegte, auf die Abrüstungsfrage aus: Sie tritt dafür ein, die Waffe in die Abrüstungsgespräche mit der UdSSR einzubringen. Sie erwartet, daß nach der Carterschen Entscheidung jetzt die Sowjetunion Entgegenkommen zeigt.

Diese Haltung ist völlig unrealistisch und wiederum von Illusionen bestimmt: Man kann nur über etwas verhandeln, das man besitzt. Vorleistungen, die lediglich von Hoffnungen getragen waren, haben sich in den bisherigen Verhandlungen mit der UdSSR immer als völlig nutzlos erwiesen. Schon hat die sowjetische Nachrichtenagentur TASS (10. April 1978) erklärt, die Sowjetunion denke gar nicht daran, über Gegenleistungen zu verhandeln.

Der alte verhängnisvolle Fehler der SPD/FDP:

Vorleistungen zum Schaden deutscher Interessen und naive Hoffnungen.

Helmut Kohl in seiner Bundestagsrede:

„Die CDU/CSU-Fraktion bejaht mit Nachdruck Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Abrüstung und Rüstungskontrolle . . . Verhandlungen mit der Sowjetunion können nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn der Sowjetunion unmißverständlich klargemacht wird, daß im Falle des Scheiterns der Rüstungskontrollverhandlungen der Bau und die Lagerung der Neutronenwaffe in der Bundesrepublik Deutschland und in Mitteleuropa definitiv erfolgt. Wenn Sie diese Voraussetzungen nicht haben, brauchen Sie gar nicht in die Verhandlungen zu gehen.“